

Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung“ des Stadtteilbeirates Findorff am 31.10.2011, Vereinshaus Findorff, Hemmstraße 240

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.15 Uhr

Nr.: XI/2/11

Anwesend waren:

Frau Hille Brünjes (ab 18.30 Uhr)
Herr August Kötter
Frau Heidi Locke
Herr Dirk Lehrke-Alpers
Herr Ken Oduah (ab 18.15 Uhr)
Herr Urs Wahl
Frau Anja Wohlers

An der Teilnahme waren verhindert:

Herr Mathias Döhle (i.V. Frau Locke)
Herr Christian Weichelt (i.V. Herr Kötter)

Als Gäste konnten begrüßt werden:

Herr Reinkendorf (bis 18.15 Uhr i.V. für Herrn Oduah) – Beirat Findorff
Herr Jacob – Beirat Findorff
Herr Kanngießer – Beirat Findorff
Herr Otwiaska – Beirat Findorff
Herr Ahlers – Vereinshaus Findorff, Vorstand
Herr Matzek – Vereinshaus Findorff, Vorstand
Herr Steinke – Vereinshaus Findorff, Vorstand
Herr Ohl – Vereinshaus Findorff, Schachfreunde e.V.
Herr Mattfeld, Vereinshaus Findorff, Schachfreunde e.V.
Herr Eckert, Findorffer Geschäftsleute, Vorstand

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt, sie lautete wie folgt:

- TOP 1:** Genehmigung des Protokolls XI/1/11 vom 01.09.2011
- TOP 2:** Zukunftsperspektive für das Vereinshaus Findorff
- TOP 3:** Gedankenaustausch mit dem Verein Findorffer Geschäftsleute e.V.
- TOP 4:** Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Findorff
- TOP 5:** Aufgabenverteilung zu Schwerpunktthemen
u. a. Einrichtung einer „Website“ für den Beirat Findorff
- TOP 6:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes
- TOP 1:** **Genehmigung des Protokolls XI/1/11 vom 01.09.2011**

Das o.a. Protokoll wurde genehmigt.

TOP 2: Zukunftsperspektive für das Vereinshaus Findorff

Von den Vertretern des Vereinshauses wurde u. a. auf Nachfrage wie folgt berichtet: Der neue Vermieter hat dem Vereinshaus Findorff zum 31.12.2011 gekündigt. Lt. Aussage der Vereinsmitglieder wurden eher fadenscheinige Gründe für die Kündigung angegeben. Nach Gesprächen mit dem Vermieter lässt sich dieser nicht darauf ein, das Mietverhältnis weiter bestehen zu lassen. Der Verein (10 – 11 Gruppen) sucht nunmehr nach einer neuen, preisgünstigen Immobilie (wünschenswert wären hier um die 120 qm; 950,-- Euro inkl. aller Nebenkosten sollten nicht überschritten werden. Weiter sollten möglichst keine hohen Makler- oder Renovierungs-/Umbaukosten etc. entstehen). Einige Objekte, die jedoch aufgrund der Mietkonditionen oder organisatorischen Mängeln nicht in Frage kamen, wurden bereits in Augenschein genommen. Z. Zt. laufen Gespräche mit Immobilien Bremen bezüglich der Anmietung von Räumlichkeiten im Polizeirevier Findorff an der Fürther Straße. Der Verein würde es sehr begrüßen, dort ansässig zu sein, obwohl die Räumlichkeiten nicht barrierefrei sind und wahrscheinlich keine Raumvermietung für Feierlichkeiten mehr stattfinden können (evtl. Lärmbelästigungen - in dem Gebäude befindet sich eine Mietwohnung). Vorrangig sei hier aber die Unterbringung der Vereine.

Nach eingehender Aussprache nahm der Beirat die Ausführungen zur Kenntnis und signalisierte dem Vereinshaus weiterhin seine Unterstützung. Das Ortsamt wurde gebeten,

- gegenüber dem Vermieter zu recherchieren, ob das Mietverhältnis nicht doch noch eine gewisse Zeit weiter bestehen könnte.
- den Makler der Immobilie Findorffstraße 103 (neben Messe-Halle 6) betr. der Mietkonditionen etc. kontaktieren.

Aus organisatorischen Gründen wurde die Beratung des TOP 5, hier Einrichtung einer „Website“ für den Beirat Findorff vorgezogen.

TOP 5: Aufgabenverteilung zu Schwerpunktthemen u. a. Einrichtung einer „Website“ für den Beirat Findorff

Herr Wahl erläuterte das als Anlage 1 beigefügte Kurzkonzept für eine neue Beiratswebsite „Findorff 2.0“, die gemeinsam entwickelt werden könnte. Bei der Website 2.0 konsumiert der Nutzer nicht nur den Inhalt, sondern er kann selbst Inhalt zur Verfügung stellen.

Nach Aussprache wurde die Einrichtung einer Beiratswebsite 2.0 als eine zeitgemäße Ergänzung der bestehenden Angebote gesehen und sich dafür ausgesprochen, zur nächsten Sitzung des Fachausschusses die Website-Betreiber der Ortsamtsbereiche Walle und Horn-Lehe einzuladen, um in einen Erfahrungsaustausch betr. der Finanzierung, Pflege, Klickzahlen, Arbeitsintensität etc. einzutreten.

TOP 3: Gedankenaustausch mit dem Verein Findorffer Geschäftsleute e.V.

Herr Eckert, der bereits im Rahmen der letzten Beiratssitzung den Beirat Findorff um eine finanzielle Unterstützung aus Globalmitteln für die Neuanschaffung von LED-betriebenen Beleuchtungsmaterial der Weihnachtsbeleuchtung bat, berichtete u.a. auf Nachfrage wie folgt: Die Kosten für die weihnachtliche Beleuchtung, wie Anschaffung, Lagerung, Wartung, Energieverbrauch etc. werden von ca. 60 Vereinsmitgliedern finanziert. Viele Geschäftsleute, die nicht Mitglied im Verein sind,

seien nicht bereit, sich mit einer Spende an den Kosten (8.000,-- bis 10.000,-- Euro pro Jahr/davon allein ca. 6.000,-- Euro für Stromkosten) zu beteiligen. Da aufgrund der hohen Kosten nicht mehr alle Vereinsmitglieder hinter der Weihnachtsbeleuchtung stehen, ist die letztjährige Weihnachtsbeleuchtung als Kompromiss um einiges kleiner ausgefallen. Der Verein betreibt derzeit die Umrüstung der Weihnachtsbeleuchtung auf LED.

Die Aufstellung von Spendendosen in den Geschäften wird von einer Vielzahl der Vereinsmitglieder abgelehnt; Herr Eckert wird diesen Vorschlag des Beirates aber nochmals im Rahmen der nächsten Mitgliederversammlung anbringen.

Aus dem Ausschuss wurde weiter vorgeschlagen, in der Stadtteilzeitung „Der Findorffer“ eine Liste der Spender zu veröffentlichen.

Nach Aussprache nahm der Beirat den Antrag auf finanzielle Unterstützung zunächst zur Kenntnis; eine interne Aussprache betr. einer evtl. finanziellen Beteiligung des Beirates folgt.

Im Rahmen der weiteren Aussprache, in der Herr Eckert sich vorstellen konnte, dass auch die Geschäftsleute in das Thema „Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung/Stadtteilentwicklung“ einsteigen würden, berichtete er, dass die Findorffer Geschäftsleute die Baumnasen in den Hauptgeschäftsstraßen pflegen möchten (Übernahme von Patenschaften).

Absprache:

Der Beirat begrüßt das Bestreben der Findorffer Geschäftsleute ausdrücklich. Das Ortsamt wurde gebeten, die entsprechenden Kontakte zw. Geschäftsleuten und Ämtern (ASV, Stadtgrün) herzustellen. Weiter sind die Findorffer Geschäftsleute e.V. im Verteiler für Sitzungen des Fachausschusses aufzunehmen.

TOP 4: Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Findorff

Die vorliegenden Tischvorlagen (Anlage 2, LINKE/Anlage 3, GRÜNE) wurden andiskutiert. Aus Reihen der SPD und von Besuchern kam der Vorschlag, bereits die Tagesordnungspunkte in den Einladungen ausführlicher zu beschreiben.

Nach eingehender Aussprache wurde sich einvernehmlich dafür ausgesprochen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um erste Schritte zu formulieren.

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Herr Dirk Lehrke-Alpers (LINKE)

Herr Ken Oduah (GRÜNE)

Herr Urs Wahl (SPD)

Herr Christian Weichelt (CDU)

und Herr Mathias Döhle (Piraten) (wurde in Abwesenheit benannt).

An dieser Stelle wurde die Beratung zu

TOP 5: Aufgabenverteilung zu Schwerpunktthemen
nochmals aufgenommen.

Frau Brünjes hatte in der letzten Sitzung vorgeschlagen, dass die Ausschussmitglieder sich jeweils einem Schwerpunktthema widmen sollten.

Nach kurzer Diskussion wurde das Thema verschoben.

Als Tagesordnungspunkte der nächsten Sitzung schlug Herr Wahl vor:

- „Anhörung“ der Arbeitsgruppe
- Form der Jugendbeteiligung / Bereitstellung von Projektmittel

Herr Lehrke-Alpers regte an, dass im Rahmen der Sitzung der o. g. Arbeitsgruppe ein „Arbeitsplan“ (Entwurf) für das nächste Jahr aufgestellt und im Rahmen der nächsten Fachausschusssitzung besprochen werden könnte.

Der Vorsitzende ergänzte, dass vor Beratung in der AG das Thema jeweils fraktionsintern aufgegriffen werden sollte.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

- Schreiben des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hinsichtlich voraussichtlicher Mittelkürzungen durch den Bund für die Beschäftigungsförderung (der Schriftverkehr wurde dem Beirat per E-Mail vom 27.10.2011 zur Verfügung gestellt). Hier soll der Beirat Hinderungsgründe für eine Umwandlung von AGH-E-Jobs in Injobs darstellen und unverzichtbare/bzw. entbehrliche Angebote benennen.

Absprache:

Die Beschäftigungsträger im Stadtteil genießen uneingeschränkt eine hohe Wertschätzung betr. ihrer bestehenden Angebotspalette. Der Beirat wird einzelne Träger nicht durch Negativ-Stellungnahmen belasten, da nichts aus dem Angebot entbehrlich ist.

- Antrag auf Fördermittel der Stiftung Wohnliche Stadt Bremen, Förderjahr 2012: Der Verein ‚Altes Pumpwerk‘ beantragt Stiftungsmittel in Höhe von 22.000,-- Euro für eine professionelle Veranstaltungstechnik.

Absprache: Der Beirat unterstützt den Antrag einstimmig.

Der Vorsitzende gab zur Kenntnis, dass der Verein ebenfalls einen Globalmittelantrag stellen wird, über den später zu entscheiden ist.

- „Gestra/Vorstellung von Konzepten möglicher Investoren“: Der Vorsitzende teilte mit, dass es Herrn Oelsner, Vorstandsvorsitzender, terminlich nicht möglich war, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. K.g.
- Einladung „Spuren und Steine“, Öffnung des Internetportals Stolpersteine in Bremen am 2. Nov. 2011, 17.00 Uhr, im Rathaus (die Einladung wurde den Beiratsmitgliedern sowie sachkundigen BürgerInnen bereits per E-Mail vom 17.10.2011 übermittelt).

Verschiedenes

- „Bezuschussung Weihnachtsbeleuchtung“: Nach eingehender Aussprache konnte kein abschließendes Meinungsbild erstellt werden und sich einvernehmlich dafür ausgesprochen, dieses Thema zunächst nochmals in den Fraktionen zu behandeln sowie eine Entscheidung im Rahmen der nächsten Sitzung des Fachausschusses „Bau“ am 10.11.2011 zu fassen. Das Thema „Aufstellung von Spendendosen in den Geschäften“ wurde nochmals kurz angesprochen und würde begrüßt werden.

Vorsitzender:

Sprecherin:
(TOP 3 – 6)

Protokollantin:

- Bischoff -

- Brünjes -

- Rohlfs -

Anlagen



Die Fraktion im Beirat Findorff

Kurzkonzept für eine neue Beiratswebsite

Arbeitstitel: Findorff 2.0

Stand: 27.10.2011

Autor: Urs Wahl

Idee:

Die bisherige Internetpräsenz des Beirates Findorff auf den Seiten des Ortsamtes ist mit ihren technischen und redaktionellen Möglichkeiten begrenzt. Konkret: Es handelt sich um einen sogenannten Web 1.0-Auftritt. Hier werden „nur“ Informationen angeboten, den Bürgerinnen und Bürgern wird aber keine Möglichkeit geboten selbst Einfluss zu nehmen also Kommentare und Vorschläge über das Internet einzubringen. Die Möglichkeiten der Interaktion, die das Web 2.0 bietet, würden durch eine eigenen Website genutzt werden – letztlich geht die Entwicklung der Kommunikation in diese Richtung und wir als Beirat haben die Aufgabe, die Wege der Kommunikation anzubieten, die die Menschen im Stadtteil auch nutzen. Das waren bisher öffentliche Veranstaltungen und Mitteilungen in und für die Presse sowie die Internetpräsenz des Ortsamtes. Eine eigene Beiratswebsite ist eine zeitgemäße Ergänzung zum bestehenden Angebot. Der Beirat Walle <http://www.walle-aktuell.de/> hat ebenfalls ein eigenes Angebot und bietet so ein funktionierendes Praxisbeispiel, das wir in Findorff weiterentwickeln können, z.B. durch das Anbieten von Interaktivität.

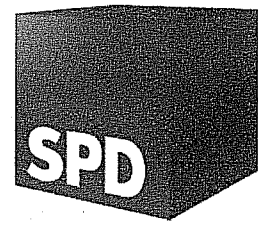
Nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass eine Ausweitung des Internetangebots mit der derzeitigen personellen Ausstattung des Ortsamtes gar nicht leistbar wäre – als Beiratsmitglieder könnten wir jedoch unsere eigenen Inhalte veröffentlichen und diese Lücke schließen. (Auch und gerade unabhängig von der Presseberichterstattung).

Inhalte:

Die Inhalte sollen zunächst einmal alle Termine und Protokolle der öffentlichen Beirats- und Ausschusssitzungen enthalten aber auch darüber hinausgehen. Grundsätzlich soll jedes Beiratsmitglied Inhalte einstellen können und Diskussionsforen eröffnen und moderieren können. Das bietet die Möglichkeit neue Themen auf die Agenda zu bringen und „anzudiskutieren“ und vor allem auch direktes Feedback von den Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten. Zudem haben wir bisher oft das Problem, Angebote für Menschen unter 40 Jahre zu machen, die das Internet mit absoluter Selbstverständlichkeit nutzen, die aber auf die „traditionellen“ Beteiligungsformen (besonders öffentliche Sitzungen und Veranstaltungen) faktisch fast nicht mehr zurückgreifen.

Finanzierung:

Die Finanzierung sollte aus Globalmitteln erfolgen (wie im Beirat Walle auch). Die Komplette Erstellung einer neuen Website (für diesen Zweck) kostet ca. 2.000-3.000€. Die Laufenden Kosten sind schwieriger



zu schätzen. Neben den Kosten für das Hosting kommen noch Wartungs- und editorische Arbeiten. Die Preise hierfür können stark variieren.

Zeitraum:

Das Bestehen der Website sollte jede Legislaturperiode von Neuem beschlossen werden. Das hat drei Gründe: 1. Die Kosten bleiben kalkulierbar und nachfolgenden Beiräten werden keine „Altlasten“ hinterlassen. Dafür muss sichergestellt sein, dass alle Verträge im Zusammenhang mit der Website kurz nach Ende einer jeden Legislatur enden und dann vom neu gewählten Beirat verlängert werden oder nicht, 2. Sollten rechtsradikale Parteien in den Beirat einziehen, was wir verhindern wollen, soll ihnen kein Forum geboten werden, 3. die technische Entwicklung schreitet voran, kein neuer Beirat soll in ein Korsett möglicherweise eines Tages veralteter Kommunikationsformen gezwängt werden.

Gefahren:

Hier sind vor allem Dingen drei Dinge im Blick zu behalten: 1. Menschen mit erhöhtem Mitteilungsbedürfnis und Hang zu Selbstdarstellung und destruktiver öffentlicher Meinungsäußerung, 2. politisch Radikale und 3. kommerzielle Werbung. Frei zugängliche Internetangebote haben den drei Genannten erfahrungsgemäß oft ein Forum geboten. Es gibt jedoch mittlerweile Möglichkeiten dies in den Griff zu bekommen. Ein Grundrauschen an Fundamentalkritik (1.) muss man sicher immer ertragen. Bei der Eröffnung von Foren bietet es sich an, dass nur Beiratsmitglieder einen sogenannten Thread eröffnen können und nicht jede/jeder, dadurch kann man das Problem der hetzerischen Diskussionen (2.) weitgehend in den Griff bekommen, als letztes Mittel bleibt das Löschen von Kommentaren, hier wären wir gemeinsam gefordert. Kommerzielle Werbung (3.) lässt sich durch programmieretechnische Maßnahmen verhindern.

Barrierefreier Zugang:

Es ist wichtig, dass die Website Barrierefrei ist und keine substanziellen Informationen (Sitzungstermine, Protokolle...) ausschließlich über diesen Web zugänglich sind, um Menschen, die das Internet nicht nutzen (können oder wollen) den Zugang zu Informationen zu verwehren.

Weiterentwicklung:

Die neue Website soll nicht statisch sein – der Ausschuss für Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung versteht sich auch als Experimentierfeld für mehr Bürgerbeteiligung und niemand nimmt für sich in Anspruch eine perfekte Website zu konzipieren und umzusetzen. Vielmehr wird diese Website als Experiment verstanden, bei dem auch wir als Beiratsmitglieder dazulernen. Wenn dieses Projekt Erfolg hat, dann kann es auch als Beispiel für andere Beiräte herhalten.

Sitzung des Fachausschusses Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung

Tischvorlage zu TOP 4) Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Findorff

1. Mehr Information im Internet – ev. in Zusammenarbeit mit Initiativen
 - 1.1. Newsletter für die Termine
 - 1.2. Informationen über Vereine und Institutionen im Internet
 - 1.3. Informationen über aktuelle Planungsvorhaben, z.B. Gestra-Gelände, Bahnlärm, Baustellen, usw.
 - 1.4. Informationen über Veranstaltungen in Findorff
 - 1.5. Life-Stream-Berichterstattung von öffentlichen Sitzungen

2. Mehr Beteiligung im Fachausschuss
 - 2.1. Sitzordnung als runder Tisch
 - 2.2. Rederecht zu jedem TOP in Reihenfolge der Meldungen
 - 2.3. Zusätzlicher TOP: Anliegen und Fragen der Bürger

3. Mehr Beteiligung im Beirat

Dieser Punkt sollte zunächst im Beirat beraten werden: Gibt der Beirat einen Rahmen vor oder schlägt der Fachausschuss die Möglichkeiten der Beteiligung vor.

Verfahrensvorschlag: Der Beirat sollte beraten und beschließen, inwiefern der Fachausschuss das Thema für die Beratung im Beirat vorbereiten soll.

Mögliche Bereiche:

Beteiligung der Vereine und Institutionen

Beteiligung interessierter Einwohner

Bremen.Findorff, 31.10.11

Dirk Lehrke-Alpers
Sachkundiger Bürger, *DIE LINKE*.Findorff

Tischvorlage zur Sitzung des Fachausschusses Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung vom 31.10.11.

„Präambel“:

Die Möglichkeit zur Teil- und Einflussnahme für einzelne Bürgerinnen und Bürger außerhalb der Parteienstruktur und des Parteienspektrums ist gegenwärtig in Grenzen gegeben, jedoch sind für den / die Einzelne(n) relevante Informationen nur schwer erhältlich. Aufgrund der gegebenen Strukturen in Politik und Verwaltung ist die Gefahr einer Asymmetrie der Informationsverteilung groß.

Die Teilnahme und Beteiligung an politischen Prozessen und Projekten der Stadtentwicklung setzt jedoch a) eine hinreichende Information und b) ausreichende Einflussmöglichkeiten voraus. Eine Aufgabe des Fachausschusses ist es, dieser (Gefahr der) Asymmetrie entgegenzuwirken.

Vorbetrachtung:

Da Politik die Lebensumstände und – wirklichkeiten der Menschen gestaltet bzw. Rahmenbedingungen vorgibt, wird in weiten Teilen der Bevölkerung der Ruf nach direkterer Beteiligung über den Zeitpunkt von Parlamentswahlen hinaus lauter.

In Bremen und Findorff hat die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern nicht erst seit „Stuttgart 21“ Tradition, wie sie sich zuletzt exemplarisch am Beispiel der Planungen für das Gestra-Gelände gezeigt hat. Allerdings führen auch in Bremen und unserem Stadtteil u. a. stetig sinkende Wahlbeteiligungen zu dem Vorwurf „Politik“ erreiche die Menschen nicht mehr.

Dem zunehmenden Gewicht der BürgerInnenbeteiligung hat die Stadt Bremen versucht, mit dem neuen Beirätegesetz gerechter zu werden. Im unserem Stadtteil hat der neu konstituierte Beirat dieser Bedeutung durch die namentliche Heraushebung entsprochen und thematische sowie konzeptionell mit den Aspekten Stadtteilentwicklung, Kultur, Integration und Wirtschaft zusammengelegt. Es ist gewünscht, den Menschen im Stadtteil über den eigentlichen Wahltag hinaus eine hörbare und einflussreiche Stimme zu geben.

Wir als Mitglieder in diesem Fachausschuss Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung sollen diese Forderungen mit Leben erfüllen und für setzen uns für die Weiterentwicklung von politischen Beteiligungsformen auf lokaler Ebene über die einfache Wahlbeteiligung bei (Beirats)wahlen hinaus ein.

Einigkeit herrschte weitgehend darüber, die Fachausschusssitzungen als Experimentierfeld zu nutzen. Die genauere Ausgestaltung bedarf jedoch noch der Diskussion.

Gewünschte Ergebnisse:

- Transparenz
- Verständlichkeit, im besten Falle Barrierefreiheit
- Einflussnahme
- Erreichen von Bürgerinnen und Bürgern, die aus verschiedenen Gründe Schwellenängste oder Vorbehalte haben

- im Endeffekt höhere Wahlbeteiligung

Mögliche Handlungsfelder:

Voraussetzung: Die Bürgerinnen und Bürger sollten möglichst flächendeckend und diskriminierungsfrei erreicht werden können (sofern sie es wollen). Somit ist davon auszugehen, dass punktuelle Maßnahmen nicht ausreichend sein werden.

Kommunikation über

- Zeitung wie bisher
- „Schwarze Bretter, der Beirat informiert“, z. B. im öffentlichen Raum; in Seniorenheimen, (Schulen?)
- website

Kommuniziert werden könnten Einladungen zu Sitzungen, aktuelle Hinweise von Ortsamt und Beirat, Sitzungsprotokolle (zeitnah)

Ortsamt:

- Eingabe und Antragsmöglichkeiten online über Eingabeformulare (anonym?)
- Musteranregung/-beschwerde

Beirat, seine Mitglieder und Ausschüsse:

- Erreichbarkeit online über zuschaffende website
- Erreichbarkeit offline wie bisher?

Sitzungen:

- Sitzungsordnung
- mithilfe eines beamers sollen Vorlagen sichtbar für alle Anwesenden projiziert werden.
- zeitnahe Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle (s.o.)
- Videoaufzeichnungen der Sitzungen, z. B. zusammen mit Bürgerfunk /Radio.Weser.TV). Diese könnten online und per TV eine gewisse Zeit ausgestrahlt werden. Mögliches Ziel bei Bewährung: auch Livestream der Sitzungen. (Mikrofon vorhanden. Bedienung einer Kamera nicht schwierig.)

Die Gesamtheit dieser Maßnahmen soll dazu dienen, Schwellenängste und Vorbehalte abzubauen sowie politische Entscheidungen auch für Mitbürgerinnen und Mitbürger nachvollziehbar zumachen, die nicht an Sitzungen teilnehmen können. Dazu zählen insbesondere junge Politikinteressierte, körperlich eingeschränkte Personen, Erziehende kleine Kinder sowie Berufstätige. Der niederschwellige und einfache Zugang von zuhause soll die Möglichkeit bieten, auch diese Menschen zu erreichen.

Anmerkung:

Um auch in diesem Anliegen dem Aspekt der BürgerInnenbeteiligung gerecht zu werden, kann beispielsweise eine online-Befragung in Verbindung von in Geschäften und Gemeinden des Stadtteils ausliegenden Listen gestartet werden.

K. Oduah, sachkundiger Bürger im Fachausschuss für Bündnis 90/ Die Grünen